

Mitteilungen der Bauhaus-Universität Weimar

AKADEMISCHE ORDUNGEN

<input checked="" type="checkbox"/> Der Präsident <input type="checkbox"/> Der Kanzler	Prüfungsordnung für den konsekutiven Studiengang <i>„Natural Hazards and Risks in Structural Engineering“</i> mit dem Abschluss Master of Science		Ausgabe 25/2023
	erarb. Dez./Einheit Fak. B	Telefon 4415	Datum 22. Nov. 2023

Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 38 Abs. 3 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 483) erlässt die Bauhaus-Universität Weimar folgende Prüfungsordnung für den konsekutiven Studiengang „*Natural Hazards and Risks in Structural Engineering*“ mit dem Abschluss Master of Science (M. Sc.).

Der Fakultätsrat der Fakultät Bauingenieurwesen hat am 11.10.2023 die Prüfungsordnung beschlossen.

Der Präsident der Bauhaus-Universität Weimar hat die Ordnung am 22. November 2023 genehmigt.

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Zweck der Masterprüfung
- § 2 Regelstudienzeit
- § 3 Prüfungsaufbau
- § 4 Fristen
- § 5 Umfang und Art der Prüfungen
- § 6 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten
- § 7 Mündliche Prüfungen
- § 8 Elektronische Prüfungen (Online-Präsenzprüfungen)
- § 9 Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung und Gewichtung von Noten
- § 10 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 11 Bestehen und Nichtbestehen
- § 12 Wiederholung der Modulprüfungen
- § 13 Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen
- § 14 Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Masterarbeit
- § 15 Nachteilsausgleich
- § 16 Prüfungsausschuss
- § 17 Prüfer/Prüferinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen
- § 18 Akademischer Grad
- § 19 Zeugnis und Masterurkunde
- § 20 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 22 Widerspruchsverfahren
- § 23 Gleichstellungsklausel
- § 24 Inkrafttreten

Anlage 1 Studien- und Prüfungsplan

§ 1 - Zweck der Masterprüfung

Durch die Masterprüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie vertiefte Fachkenntnisse erworben haben und die Fähigkeiten besitzen, wissenschaftlich zu arbeiten.

§ 2 – Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit umfasst vier Semester.

§ 3 – Prüfungsaufbau

(1) Die Masterprüfung umfasst die Modulprüfungen des Masterstudiums und die Masterarbeit einschließlich ihrer Verteidigung (siehe Anlage 1).

(2) Module werden mit Prüfungen abgeschlossen, auf deren Grundlage Leistungspunkte (LP) nach dem ECTS vergeben werden. Modulprüfungen werden studienbegleitend durchgeführt und bestehen i. d. R. aus einer Prüfungsleistung.

§ 4 – Fristen

(1) Die Masterprüfung soll innerhalb der Regelstudienzeit abgelegt werden. Eine Masterprüfung, die nicht innerhalb von drei Semestern nach Abschluss der Regelstudienzeit abgelegt worden ist, gilt als nicht bestanden, es sei denn, der*die Kandidat*in hat das Versäumnis nicht zu vertreten. In diesem Fall kann der*die Kandidat*in beim Prüfungsausschuss einen begründeten Antrag auf Studienverlängerung stellen.

(2) Eine nicht bestandene Modulprüfung ist innerhalb des jeweils nächsten Prüfungszeitraumes abzulegen. Die zweite Wiederholung einer Modulprüfung ist wiederum im jeweils nächsten Prüfungszeitraum abzulegen. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden; es sei denn, der*die Kandidat*in hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(3) Die Anmeldung zur Modulprüfung erfolgt in der Regel online und ist verbindlich. Die jeweiligen Anmeldezeiten werden durch den Prüfungsausschuss festgelegt. Eine Abmeldung von als Einzelleistung zu erbringenden Modulprüfungs- oder Teilprüfungsleistungen ist bis 7 Kalendertagen vor dem Beginn der jeweiligen Prüfungsphase möglich.

(4) Die Anmeldung für eine Prüfung bleibt gültig, wenn ein*e Kandidat*in zum vorgesehenen Prüfungstermin prüfungsunfähig erkrankt oder beurlaubt ist, d. h., eine Neuankündigung zum nächstmöglichen Prüfungstermin ist nicht erforderlich, der/die Studierende ist dann zur Prüfungsteilnahme verpflichtet.

(5) Sollten sich zeitliche Überschneidungen aufgrund von Wiederholungsprüfungen ergeben, so ist zunächst die Prüfung zu wiederholen, die laut Studienplan zuerst zu absolvieren ist. Der*die Kandidat*in hat sich dazu im Prüfungsamt von der anderen Prüfung abzumelden. Prüfungen an einem Tag, die sich zeitlich nicht überschneiden, sind wahrzunehmen. Der*die Kandidat*in ist zur Teilnahme an maximal 2 Modulprüfungen pro Prüfungstag verpflichtet.

§ 5 - Umfang und Art der Prüfungen

(1) Prüfungsleistungen sind durch

1. Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten (§ 6),
2. mündliche Prüfungen (§ 7),
3. elektronische Prüfungen (§ 8)

zu erbringen.

(2) Studienleistungen wie Belege, Testate, Praktika, Projekte sind Vorleistungen für Prüfungsleistungen. Diese und die Art der Prüfungsleistung werden durch den*die Erstprüfer*in festgelegt und in den Modulbeschreibungen bekannt gegeben.

Die Zulassung bzw. Nichtzulassung wird für das jeweilige Modul nach Überprüfung der erforderlichen Prüfungsvorleistungen bis spätestens fünf Kalendertage vor dem genannten Prüfungstermin durch die jeweilige Prüfungskommission per Aushang ausgesprochen. Für Studierende, die sich eingeschrieben haben und für diesen Termin zugelassen sind, ist der angegebene Prüfungstermin verbindlich.

(3) Geeignete Arten von Prüfungsleistungen können auch in Form von Gruppenarbeiten zugelassen werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des*der Einzelnen muss als individuelle Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein. Die Gruppe sollte in der Regel nicht mehr als vier Studierende umfassen.

§ 6 - Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll der*die Kandidat*in nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit von dem*der Prüfer*in festgelegten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden seines Faches ein Problem erkennen, reflexionsorientiert und analytisch-kritisch bearbeiten und Lösungswege finden kann. Die Bearbeitungszeit für eine Klausurarbeit beträgt je Leistungspunkt etwa 30 Minuten, jedoch nicht mehr als insgesamt drei Stunden.

(2) In den übrigen schriftlichen Arbeiten soll der*die Kandidat*in nachweisen, dass er*sie

- Probleme systematisch oder analytisch definieren,
- Methoden zu seiner Behandlung erarbeiten,
- Lösungswege umfassend erörtern und entfalten,
- Hilfsmittel entwickeln bzw. anwenden,
- den vorhandenen Wissensstand in einen relevanten Kontext integrieren,
- Ergebnisse interpretieren und relevanten Schlussfolgerungen verdichten und
- diese schließlich in einer nachvollziehbaren wissenschaftlichen Form darstellen kann.

(3) Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten sind in der Regel von zwei Prüfenden zu bewerten, dabei soll einer der Prüfenden Hochschullehrer*in sein.

(4) Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen.

§ 7 - Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen soll der*die Kandidat*in nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob der*die Kandidat*in über ein breites Grundlagenwissen verfügt. Die Dauer der mündlichen Prüfungen beträgt je Kandidat*in mindestens 15, höchstens 45 Minuten.

(2) Mündliche Prüfungen werden vor mindestens zwei Prüfenden (Kollegialprüfung) oder vor einem*einer Prüfer*in in Gegenwart eines*einer sachkundigen Beisitzers*in als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt, dabei soll einer der Prüfenden Hochschullehrer*in sein.

(3) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem*der Kandidat*in jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(4) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer*in einer mündlichen Prüfung zugelassen werden, es sei denn, der*die Kandidat*in widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den*die Kandidat*in.

§ 8 - Elektronische Prüfungen (Online-Präsenzprüfungen)

- (1) Klausuren im Sinne dieser Prüfungsordnung können in der Form elektronischer Klausuren (E-Klausuren) durchgeführt werden, sofern dies aus fachlicher Sicht als geeignet erscheint. Die Prüfungsart ist in der Modulbeschreibung festzulegen.
- (2) Die E-Klausur findet als Aufsichtsarbeit in Anwesenheit einer fachkundigen Person statt, die das Protokoll führt.
- (3) Es muss sichergestellt werden, dass die elektronischen Daten eindeutig und dauerhaft den Kandidat*innen zugeordnet werden können. Den Kandidat*innen ist nach den allgemeinen Vorschriften die Einsicht in die erzielten Ergebnisse zu gewähren.
- (4) E-Klausuren dürfen ausschließlich unter Einsatz von DV-Systemen (Hard- und Software) erbracht werden, die in der Verwaltung der Universität stehen oder vom Rechenzentrum (SCC) für diesen Zweck freigegeben worden sind.
- (5) Sind Studien- oder Prüfungsleistungen in Form von E-Klausuren zu erbringen, so ist den Studierenden im Rahmen der jeweiligen Lehrveranstaltung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich mit dem elektronischen Prüfungssystem vertraut zu machen. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind einzuhalten.
- (5) Elektronische Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen.

§ 9 - Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung und Gewichtung von Noten

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgelegt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1,0 bis 1,5	sehr gut	eine hervorragende Leistung;
1,6 bis 2,5	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,6 bis 3,5	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,6 bis 4,0	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
über 4,0	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können einzelne Noten im Bewertungsbereich zwischen 1,0 und 4,0 in Zehntelabstufungen angehoben oder abgesenkt werden.

(3) Besteht eine Modulprüfung (ausnahmsweise) aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich deren Note aus dem arithmetischen Mittel der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen, wobei eine Gewichtung mit den für die einzelnen Leistungen vergebenen Leistungspunkten erfolgt. Bei der Bildung der Prüfungsnoten wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma unter Vernachlässigung aller weiteren Stellen berücksichtigt.

(4) Für die Masterprüfung wird ein Gesamtpredikat ermittelt. Das Gesamtpredikat der Masterprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel aus den Noten aller Modulprüfungen und des Mastermoduls, wobei eine Gewichtung mit den für die Module vergebenen Leistungspunkten erfolgt. Es wird die zweite Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Bei herausragenden Leistungen bis zu einem Durchschnitt 1,19 kann der Prüfungsausschuss das Predikat „Mit Auszeichnung“ erteilen. Dies setzt voraus, dass die Masterarbeit mit 1,0 und die Mehrzahl der Modulprüfungen ebenfalls mit 1,0 bewertet wurden und keine Note schlechter als „gut“ sein darf.

(5) Die deutschen Noten werden durch eine ECTS-Note nach folgendem Schema ergänzt:

ECTS-Note	Anteil der erfolgreichen Studierenden, die diese Note in der Regel erhalten
A	die besten 10 %
B	die nächsten 25 %
C	die nächsten 30 %
D	die nächsten 25 %
E	die nächsten 10 %
F	Prüfung wurde nicht bestanden

Sofern die zu Grunde liegenden Kohorten keine ausreichend verlässliche Basis zur Ermittlung der relativen Noten bieten, werden diese nicht ausgewiesen.

(6) Für die Frist zur Bewertung von Studien- oder Prüfungsleistungen gilt § 54 Abs. 8 ThürHG entsprechend.

§ 10 - Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der*die Kandidat*in zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er*sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss oder dem*der Prüfer*in unverzüglich, in der Regel innerhalb von höchstens drei Werktagen, schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden.

Bei Krankheit des*der Kandidat*in ist ein ärztliches Attest vorzulegen, in dem die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt wird. Bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen, ist die Universität berechtigt, auf ihre Kosten eine amtsärztliche Bescheinigung zu verlangen.

Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin, in der Regel der nächste reguläre Prüfungstermin, anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht der*die Kandidat*in, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt diese Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Ein*e Kandidat*in, der*die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem*der jeweiligen Prüfer*in bzw. Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Falle gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(4) Eine studienbegleitende Leistung oder eine andere Prüfungsleistung, die durch nicht gekennzeichnetes Übernehmen von Inhalten aus anderen Quellen (Plagiat) zustande kommt, stellt eine Täuschung im Sinne von Absatz 3 dar und wird wie diese geahndet.

(5) Der*die Kandidat*in kann innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 4 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem*der Kandidat*in unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 11 - Bestehen und Nichtbestehen

(1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die Modulnote mindestens „ausreichend“ ist. Besteht eine Modulprüfung ausnahmsweise aus mehreren Teilprüfungen, müssen alle Teilprüfungen mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden sein. Nicht bestandene Teilprüfungen sind nach Maßgabe des § 12 zu wiederholen.

(2) In einer Modulprüfung, die aus verschiedenen Teilgebieten besteht, erfolgt keine Einzelbewertung der Teilgebiete. Es gilt Abs.1 Satz 1.

(3) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Modulprüfungen der Masterprüfung einschließlich der Masterarbeit und ihrer Verteidigung bestanden sind.

(4) Hat der*die Prüfungskandidat*in die Masterprüfung nicht bestanden, wird ihm*ihr auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung ein Studienzeugnis ausgestellt, das die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

§ 12 - Wiederholung der Modulprüfungen

(1) Nicht bestandene Modulprüfungen oder Teilprüfungen müssen innerhalb der Fristen gemäß § 4 Abs. 2 wiederholt werden.

(2) Eine zweite Wiederholung von Modulprüfungen oder Teilprüfungen ist entsprechend den Fristen gemäß § 4 Abs. 2 zu absolvieren. Besteht der*die Kandidat*in die zweite Wiederholungsprüfung nicht, so ist die Prüfungsleistung endgültig nicht bestanden.

(3) Nimmt der*die Kandidat*in ohne triftige Gründe an der ersten Wiederholungsprüfung nicht teil, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Nimmt der*die Kandidat*in ohne triftige Gründe an der zweiten Wiederholungsprüfung nicht teil, so gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden.

(4) Die Wiederholung einer bestandenen Modulprüfung oder Teilprüfung ist nicht zulässig.

§ 13 - Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen

(1) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer anderen in- oder ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder in anderen Studiengängen derselben Hochschule erbracht wurden, sind anzuerkennen, soweit keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse) nachgewiesen werden. Über die Anerkennung oder Veragung entscheidet auf Antrag der Prüfungsausschuss.

(2) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.

(3) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Der*die Kandidat*in hat die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen möglichst zu Studienbeginn im 1. Fachsemester vorzulegen.

(4) Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können angerechnet werden, wenn diese den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Insgesamt können diese maximal die Hälfte der zu vergebenen Leistungspunkte des Studiums ersetzen. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss. Sie sind den Modulen zuzuordnen und in der Leistungsübersicht der Studierenden auszuweisen. Nicht-Anrechnungen sind zu begründen. Anträge auf Anrechnung können erst nach Immatrikulation gestellt werden. Sie werden i.d.R. innerhalb von vier Wochen bearbeitet. Die Überprüfung, ob die von der*dem Studierenden erbrachten außerhochschulischen Leistungen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, gleichwertig sind, wird im Einzelfall anhand der von der*dem Studierenden vorgelegten Unterlagen, wie z.B. Arbeitsproben, Zeugnisse, Fächerbeschreibungen, Lehrpläne und ähnlichem, die i.d.R. nicht älter als 5 Jahre sein sollten, vorgenommen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt der*dem Studierenden.

(5) Ablehnende Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. Die Beweislast, dass ein Antrag nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, liegt bei der die Bewertung durchführenden Stelle.

§ 14 - Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass der*die Kandidat*in in der Lage ist, innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes ein Problem aus seinem Fachgebiet selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Jede*r Hochschullehrer*in der Fakultät, welche*r Studieninhalte im Studiengang „*Natural Hazards and Risks in Structural Engineering*“ vermittelt ist berechtigt, Masterarbeiten auszugeben, sie zu betreuen und zu bewerten. Weitere Berechtigungen können beantragt und durch Entscheid des Prüfungsausschusses in Abstimmung mit der Studiengangleitung ausgesprochen werden.

(3) Zur Masterarbeit wird zugelassen, wer den erfolgreichen Erwerb von mindestens 78 LP in diesem Studiengang nachweist, wobei alle Grundlagenmodule sowie das „Special Project“ bestanden sein müssen.

(4) Die Masterarbeit ist schriftlich beim Prüfungsausschuss anzumelden. Der Anmeldung sind beizufügen:

1. ein Vorschlag für den*die Erstprüfer*in und den*die zweite*n Prüfer*in sowie
2. ein Vorschlag für das Thema der Masterarbeit.

(5) Die Ausgabe des Themas der Masterarbeit und die Benennung des*der Prüfer*in erfolgt durch den Prüfungsausschuss. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Für die fachliche Betreuung des*der Kandidat*in während der Anfertigung der Arbeit ist der*die Erstprüfer*in verantwortlich. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen nach Ausgabe zurückgegeben werden.

(6) Die Masterarbeiten können auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertendem Beitrag der einzelnen Personen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und zu bewerten ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

(7) Die Bearbeitungsdauer der Masterarbeit beträgt 18 Wochen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Arbeit sind vom*von der Erstprüfer*in so zu begrenzen, dass die vorgegebene Frist zur Bearbeitung eingehalten werden kann.

(8) Eine Verlängerung der Bearbeitungszeit kann vom Prüfungsausschuss gestattet werden, sofern vom*von der Kandidat*in nicht zu vertretende Gründe eintreten, die eine Verlängerung der Bearbeitungszeit erforderlich machen. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag die Bearbeitungsdauer verlängern, wenn dies aus themenbezogenen Gründen erforderlich ist. Die maximale Bearbeitungszeit darf 24 Wochen nicht überschreiten. Wird dieser Zeitraum überschritten und hat der*die Kandidat*in diese Überschreitung nicht zu vertreten, so ist die Bearbeitung abzubrechen und ein neues Thema auszugeben. Der Prüfungsversuch gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

(9) Die Masterarbeit ist fristgemäß beim*bei der Erstprüfer*in abzugeben. Bei der Abgabe hat der*die Prüfungskandidat*in schriftlich zu versichern, dass die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten eignen Anteil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.

(10) Die Masterarbeit ist zweifach in gedruckter Form sowie in digitaler Form in englischer Sprache einzureichen. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss die Anfertigung der Masterarbeit in einer anderen Sprache gestatten.

(11) Ein Exemplar der Masterarbeit sowie das in digitaler Form abgegebene Exemplar gehen in das Eigentum der Bauhaus-Universität Weimar über und kann nach Ablauf einer Frist von einem Jahr

nach Abschluss des Prüfungsverfahrens vernichtet werden. Die Bauhaus-Universität Weimar erhält das unbefristete und uneingeschränkte Recht, die Masterarbeit in Teilen oder vollständig in beliebigen Medien unter Nennung des*der Verfassers*in für nichtkommerzielle Zwecke zu verwenden. Die urheberrechtlichen Ansprüche des*der Verfassers*in bleiben im Übrigen unberührt.

(12) Die Masterarbeit muss von zwei Prüfenden innerhalb von sechs Wochen voneinander unabhängig bewertet und vor ihnen verteidigt werden. Die Verteidigung trägt den Charakter einer mündlichen Prüfung; § 7 (Mündliche Prüfungen) gilt entsprechend.

(13) Die Note des Mastermoduls setzt sich aus der Bewertung der Masterarbeit (Wichtung 75 %) und der Bewertung der Verteidigung (Wichtung 25 %) zusammen. Die Note ergibt sich jeweils aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Bewertet ein*e Prüfer*in die Arbeit mit „nicht ausreichend“, so ist ein*e dritter Prüfer*in zu bestellen. Die Arbeit ist dann bestanden, wenn sie von zwei Prüfenden mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde.

(14) Wenn die Masterarbeit oder die Verteidigung nicht bestanden sind, können sie jeweils einmal wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der Masterarbeit in der in Absatz 5 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn der*die Prüfungskandidat*in bei der Anfertigung seiner*ihrer ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 15 – Nachteilsausgleich

Anträge auf Nachteilsausgleich für Prüfungsleistungen sollen spätestens 3 Wochen vor dem jeweiligen Prüfungszeitraum gestellt werden. Anträge auf Nachteilsausgleich für Studienleistungen sind in einem angemessenen Zeitraum vor deren Erbringung zu stellen. Der Nachteil ist glaubhaft zu machen, hierzu kann ein ärztliches Attest oder in begründeten Einzelfällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attests verlangt werden. Der*Die Studierende kann eine bestimmte Form des Ausgleichs vorschlagen. Der Antrag wird schriftlich gestellt, die Entscheidung schriftlich mitgeteilt und im Falle der Ablehnung schriftlich begründet. Aus der Inanspruchnahme der Mutterschutz- oder Elternzeit sowie Pflegezeiten dürfen den Studierenden keine Nachteile erwachsen.

§ 16 – Prüfungsausschuss

(1) Zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet.

(2) Der Fakultätsrat bestellt die Mitglieder des Prüfungsausschusses, den*die Vorsitzende*n und seinen*ihre Stellvertreter*in.

(3) Dem Prüfungsausschuss gehören drei VertreterInnen der Gruppe der Hochschullehrer*innen, ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter*innen und ein*e Studierende*r an. Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt in der Regel zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes in der Regel ein Jahr.

(4) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter das für den Vorsitz gewählte Mitglied oder sein*e Vertreter*in, anwesend sind und die absolute Mehrheit der Vertreter*innen der Hochschullehrer*innen sichergestellt ist. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des für den Vorsitz gewählten Mitgliedes den Ausschlag.

(5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den*die Vorsitzende*n zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungen und der Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studienordnung, des Studien- und Prüfungsplanes

und der Prüfungsordnung. Der Prüfungsausschuss legt zu Beginn jedes Semesters den Zeitraum für die Prüfungen fest.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(8) Duldete eine wichtige Angelegenheit keinen Aufschub, kann ausnahmsweise außerhalb von Sitzungen im Wege des schriftlichen oder elektronischen Verfahrens (Umlaufverfahren) beschlossen werden. In diesem Fall gibt der/die Vorsitzende die zu behandelnde Angelegenheit den Mitgliedern des Prüfungsausschusses in geeigneter Weise bekannt. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind zulässig, wenn sämtliche Mitglieder diesem Verfahren zustimmen. Ist Beschlussfassung im Umlaufverfahren zulässig, wird den Mitgliedern eine entsprechende Beschlussvorlage zur Abstimmung im Umlaufverfahren schriftlich oder elektronisch zur Verfügung gestellt. Der/die Vorsitzende bestimmt eine angemessene Frist. Für die Beschlussfähigkeit und die Beschlussfassung ist nicht die Anwesenheit, sondern die Mitwirkung der Mitglieder im Umlaufverfahren maßgebend.

§ 17 – Prüfer*innen und Beisitzer*innen

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer*innen und die Beisitzer*innen. Als Prüfer*in können nur solche Mitglieder und Angehörige der Bauhaus-Universität Weimar oder einer anderen Hochschule bestellt werden, die in dem betreffenden Prüfungsfach als Hochschullehrer*in, Privatdozent*in oder durch Lehrauftrag zu selbständiger Lehre befugt sind oder waren. Das gilt auch dann, wenn die Befugnis zur selbständigen Lehre in einem Fachgebiet erteilt wurde, das ein Teilgebiet des Prüfungsfaches darstellt. Prüfungsleistungen werden in der Regel von mindestens zwei Prüfer*innen bewertet; mindestens ein Prüfer*in soll Hochschullehrer*in sein. Zum*zur Beisitzer*in darf nur bestellt werden, wer die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt.

(2) Soweit es Zweck und Eigenart der Prüfung erfordern, können auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zu Prüfer*innen bestellt werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

(3) Die Prüfer*innen sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Prüfungsausschuss zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 18 - Akademischer Grad

Nach Bestehen der Masterprüfung verleiht die Bauhaus-Universität Weimar auf Vorschlag der Fakultät Bauingenieurwesen den akademischen Grad „Master of Science“ (M. Sc.).

§ 19 - Zeugnis und Masterurkunde

(1) Über die bestandene Masterprüfung erhält der*die Prüfungskandidat*in jeweils unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis mit den Leistungspunkten der Module des Masterstudiums in deutscher und englischer Sprache sowie der Gesamtnote.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(3) Die Bauhaus-Universität Weimar stellt ein Diploma Supplement (DS) in deutscher und englischer Sprache aus.

(4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Masterprüfung erhält der*die Prüfungskandidat*in die Masterurkunde in deutscher und englischer Sprache mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Mastergrades beurkundet. Die Masterurkunde und das Zeugnis werden von dem*der Dekan*in der Fakultät und dem*der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen.

§ 20 - Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat der*die Prüfungskandidat*in bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Note der Prüfungsleistung entsprechend § 10 berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ erklärt werden.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Modulprüfung nicht erfüllt, ohne dass de*die Prüfungskandidat*in hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Modulprüfung geheilt. Hat der*die Prüfungskandidat*in vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er eine Modulprüfung ablegen konnte, so wird diese Modulprüfung für „nicht ausreichend“ erklärt.

(3) Dem*der Prüfungskandidat*in ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Ein unrichtiges Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis sind auch die Masterurkunde und das Diploma Supplement einzuziehen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

§ 21 - Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem*der Kandidat*in auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer*in und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 22 – Widerspruchsverfahren

(1) Ablehnende Entscheidungen, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden, sind schriftlich zu erteilen und zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Gegen sie kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss eingelegt werden.

(2) Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertungsentscheidung eines*einer Prüfer*in richtet, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch diesem*dieser Prüfer*in zur Überprüfung zu. Ändert der*die Prüfer*in seine Entscheidung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung darauf, ob:

1. von unrichtigen Voraussetzungen oder sachfremden Erwägungen ausgegangen wurde,
2. gegen allgemein anerkannte Grundsätze der Bewertungsmaßstäbe,
3. gegen Rechtsvorschriften oder
4. gegen allgemeine Grundsätze der Lebenserfahrung verstoßen wurde.

Sodann erlässt er den Widerspruchsbescheid.

(3) Soweit sich der Widerspruch gegen eine Entscheidung des Prüfungsausschusses richtet, entscheidet der*die Dekan*in nach Anhörung des Prüfungsausschusses endgültig, sofern der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht abhilft.

(4) Über den Widerspruch soll zum nächstmöglichen Termin entschieden werden. Soweit dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, ist der Bescheid zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 23 – Gleichstellungsklausel

Status- und Funktionsbezeichnungen nach dieser Ordnung gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

§ 24 – Inkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt am ersten Tag des auf ihre Bekanntmachung in den Mitteilungen der Bauhaus-Universität Weimar folgenden Monats in Kraft.

(2) Diese Ordnung gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium im Wintersemester 2024/25 aufnehmen.

Fakultätsratsbeschluss vom 11.10.2023

Prof. Dr.-Ing. Prof. Dr. rer. nat. Tom Lahmer
Dekan

Die Satzung ist genehmigungsfähig

Dr. Steffi Heine
Justitiarin

genehmigt:
Weimar, 22.11.2023

Prof. Peter Benz
Präsident

Studienordnung - Anlage 1 (Studien- und Prüfungsplan) Master "Natural Hazards and Risks in Structural Engineering"		1. Semester	2. Semester	3. Semester	4. Semester
Module	LP	LP	LP	LP	LP
Applied mathematics and stochastics for risk assessment	6	6			
Geographical Information Systems (GIS) and building stock survey	6	6			
Primary hazards and risks	6	6			
Finite element methods and structural dynamics	6	6			
Structural engineering	6	3	3		
Wahlmodul **	6	3	3		
Structural parameter survey and evaluation	6		6		
Earthquake engineering and structural design	6		6		
Geo- and hydrotechnical engineering	6		6		
Wahlpflichtmodul *	6		6		
Disaster management and mitigation strategies	6			6	
Life-lines engineering	6			6	
Wahlpflichtmodul *	6			6	
Special Project	12			12	
Wahlmodul **	6				6
Masterarbeit	24				24
gesamt	120	30	30	30	30

* siehe Modulkatalog NHRE (semesterweise aktualisierbar, vom Prüfungsausschuss zu bestätigen)

** freie Wahl aus dem Masterangebot der Bauhaus-Universität Weimar (benotete Deutschkurse im Umfang von max. 6 LP möglich)